

So nicht, Herr Fluri

Autor(en): **Forster, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **91 (2016)**

Heft 10

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-737879>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

So nicht, Herr Fluri

Was die Staatspolitische Kommission des Nationalrats (SPK) am 2. September 2016 zur Masseneinwanderungs-Initiative vorschlug, war der kaltblütige Vorstoss zur Abschaffung unserer in Jahrhunderten gewachsenen Demokratie – der üble Versuch des Staatsstreichs mit verdeckten Karten. Was der linksfreisinnige Solothurner Stadtpräsident und Ämtersammler Fluri da zusammengeschustert hatte, war ein windiges Schurkenstück.

STELLUNGNAHME VON CHEFREDAKTOR PETER FORSTER ZUR MASSENEINWANDERUNGS-INITIATIVE

Wer am 9. Februar 2014 Ja gestimmt hatte zur Initiative, der muss sich jetzt elend verschaukeln vorkommen. So gingen vor Hunderten von Jahren die Gnädigen Herren mit dem Volk um. Man regierte despotisch daher, ohne sich um den Willen des Volkes zu kümmern. Das geht heute, im Zeitalter der Demokratie, nie und nimmer mehr.

Überall Widerstand

Den sieben Damen und neun Herren, die Fluris Schurkenstück in der SPK unterstützten, sei klipp und klar gesagt: So geht es nicht, das führt nur zu noch mehr Widerstand gegen die unkontrollierte Einwanderung in die Schweiz.

Vor den Bilateralen versprach der Bundesrat dem Volk eine Netto-Zuwanderung von 8000 Menschen pro Jahr. In den letzten Jahren kamen jedoch Jahr für Jahr zwischen 70 000 und 80 000 – das Zehnfache. In allen Staaten Europas will das Volk die wilde Einwanderung eindämmen – und zwar zünftig.

- Das führte in *Grossbritannien* zum Brexit, der die schnodrig herrschende politische Klasse auf dem falschen Fuss erwachte.
- Das führt in *Deutschland* zur ersten massiven parteipolitischen Umschichtung, welche die Bundesrepublik seit ihrer Gründung 1949 erlebt. Mit ihrer irrwitzigen Einwanderungspolitik un-

tergräbt die starrsinnige Kanzlerin Merkel ihre eigene Vertrauensbasis.

- In *Frankreich* kann der Präsident Hollande seine Wiederwahl in den Kaminen schreiben, weil er viel zu spät auf den Immigrationsdruck reagierte.

Unteilbare Sicherheit

Noch nie führten Volksvertreter dem Volk und den Ständen vor Augen, wie sie mit der Demokratie umgehen, wenn im Hintergrund die Europäische Union droht oder – um es präzise zu sagen – wenn sie glauben, die an allen Ecken und Enden brüchige EU drohe. Was nicht dasselbe ist.

Noch nie zeigten Volksvertreter dem Volk so schnöde, was sie von ihm halten: eine *quantité négligeable*, ein lästiges Anhängsel, dumm, unbelehrbar, zu Entscheidungen neigend, die man – in der Logik der Hochnäsigen – nicht umsetzen muss.

Das ist das Ende der Demokratie – zusammen mit der Gewaltenteilung, dem Föderalismus und der Neutralität eine der kostbaren Errungenschaften der mehr als sieben Jahrhunderte alten wehrhaften, auf dem Willen von Volk und Ständen beruhenden Eidgenossenschaft.

Sicherheit zu schaffen und zu garantieren, das gehört in all ihren Facetten zu den vorrangigsten Pflichten der Eidgenossenschaft. Das kann äussere Sicherheit heis-


sen, innere Sicherheit, die Sicherheit vor Übergriffen des Staats oder die Rechtssicherheit – alles im Lauf der Geschichte hart erkämpfte Güter.

Zur Sicherheit zählt ganz zentral, dass Behörden den Willen von Volk und Ständen umsetzen; dass sich die Verlierer dem Volkswillen beugen; dass der Stimmbürger die Gewissheit hat, dass er nicht für die Katze zur Urne geht; und dass Rechtssicherheit auch für Nationalräte gilt.

Niemals resignieren!

All das, was das Volk in zähem Kampf errungen hat, tritt Fluri mit Füssen. Sein Einknicken vor der morschen EU ist grausam, ist unannehmbar.

Soll man, wenn man zu den Siegern des 9. Februar 2014 gehört, resignieren? Nein, nie und nimmer! Wir müssen weiter mit aller Kraft für den Volkswillen kämpfen. Die Eindämmung der Zuwanderung ist umzusetzen, mit Zahlen und Kontingenten beschlossen, wie es in der Verfassung steht. Nicht mehr und nicht weniger.

Und man komme nicht mit dem Alpenschutz. Wofür denn gaben wir Schweizer 24 Milliarden für die NEAT aus? Wofür denn verlangen wir Transitgebühren? Und wofür überschütten wir den SBB-Güterverkehr mit satten Subventionen, die dann anderen Departementen schmerzhaft abgehen? 

Null Ja-Stimmen aus der Inner- und der Ostschweiz

Analysiert man die kantonale Herkunft der 16 Ja-Stimmen in der SPK, so stösst man zunächst auf drei aus dem Kanton Zürich: Moser, Barille, Glättli.

Dann drei aus dem Aargau: Jauslin, Wermuth, Humbel; eine aus Zug: Pfister; eine aus Solothurn: vom Drahtzieher Fluri; zwei aus Bern: Masshardt, Streiff; eine aus Fribourg: Carrard; zwei aus der Waadt: Moret, Amarelle; und je eine aus

dem Wallis: Nantermod; dem Tessin: Romano; und Graubünden: Campbell.

Parteilistisch: 4 FDP, 1 BDP, 4 CVP/EVP, 1 GLP, 1 Grüner, 5 SP.

Gegen Fluris Plan stimmten geschlossen die neun SVP-Nationalräte in der SPK: Brand, Graubünden; Addor, Wallis; Buffat, Waadt; Burgheer, Aargau; Glarner, Aargau; Pantani, Tessin; Reimann, St. Gallen; Rutz und Steinmann, Zürich.

Brand und Reimann

Aus der Ostschweiz im weiteren Sinn stimmten immerhin der Bündner Brand und der St. Galler Reimann gegen Fluri.

Auf die Frage, weshalb die Ost- und die Innerschweiz in der SPK so schwach vertreten sind, verweisen Nationalräte der beiden Regionen auf den Zufall.

Viel besser sei es in den beiden SiK, dort je mit markanten Persönlichkeiten aus den konservativen Regionen.